

Zuwanderung begrenzen und unsere Werteordnung bewahren.

Wir müssen Zuwanderung spürbar begrenzen. Sonst droht die Flüchtlingskrise alle zu überfordern: die Kräfte der Helfer, die Kapazitäten unserer Kommunen und die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft. Die unionsgeführte Bundesregierung hat deshalb massiv in zusätzliches Personal investiert und zahlreiche Verschärfungen des Asylrechts auf den Weg gebracht: Schnellere Asylverfahren, leichtere Abschiebungen, Sachleistungen statt Bargeld für die Flüchtlinge – das müssen die Länder jetzt aber auch umsetzen.

Grüne blockieren Lösungen

Die grün-rote Landesregierung verzögert und blockiert viele von der CDU-Bundesregierung auf den Weg gebrachte Maßnahmen. So wird bei uns weniger abgeschoben als in anderen Bundesländern und weil Flüchtlingen noch immer Bargeld ausbezahlt bekommen, werden völlig falsche Anreize für einen Aufenthalt in Baden-Württemberg gesetzt. Mit dem Plan einer Gesundheitskarte droht eine Ausweitung der medizinischen Leistungen über die selbstverständliche Notfallversorgung hinaus – und das auf Kosten der Gesellschaft.

Unsere Werte durchsetzen

Für jeden, der zu uns kommt, muss klar sein: Bei uns gilt die deutsche Rechts- und Werteordnung. Wer zu uns kommt und bleiben darf, muss sich zu Deutschland und Europa, zu unserer deutschen Wertekultur und unseren gesellschaftlichen Gepflogenheiten bekennen und sie auch im Alltag leben. Nicht wir müssen uns anpassen, sondern diejenigen, die zu uns kommen.

Flüchtlingszahlen reduzieren

Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten wirkt. So konnte der Zustrom aus den Balkanstaaten nahezu gestoppt werden, seit der Vorschlag der CDU umgesetzt wurde. Jetzt wollen wir, dass auch Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Gleichzeitig wollen wir mehr Personen ohne Bleiberecht abschieben – freiwillige Rückführungen alleine reichen nicht. Besonders bei Straftätern müssen die Abschiebeverfahren zusammengeführt und damit schneller werden.

Familiennachzug aussetzen

Ein ungeordneter Familiennachzug könnte Millionen neuer Flüchtlinge bringen. Das würde uns überfordern. Deshalb wollen wir den Familiennachzug aussetzen. Und auch später kann er nur dann in Frage kommen, wenn die Flüchtlinge einen festen Job und eine eigene Wohnung haben.

Kommunen entlasten

Die Kreise, Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der Flüchtlingskrise. Sie brauchen klare Zusagen des Landes, um in Sprachkurse, Integrationsmaßnahmen und Unterkünfte investieren zu können, damit nicht länger Sporthallen und Schulen belegt werden müssen. Doch die Landesregierung lässt die Kommunen im Stich: zu wenig Geld und keine langfristigen Zusagen. Das werden wir ändern.

Fluchtursachen bekämpfen

Wir wollen dafür sorgen, dass Flüchtlinge gar nicht erst nach Europa kommen. Wir müssen ihnen dort helfen, wo sie sind: in den Herkunftsländern oder deren Nachbarstaaten. Das ist einfacher, nachhaltiger und sicherer. Die CDU-Bundesregierung unterstützt deswegen den Kampf gegen den IS-Terror und setzt auf mehr Hilfe in den Flüchtlingslagern. Essen, Unterkünfte, Medizin und Schulunterricht vor Ort sind besser als die Flucht nach Europa.

Europas Grenzen sichern

Damit Europa auch in Zukunft funktioniert, müssen wir die Außengrenzen der EU endlich wieder sichern. Wir müssen wissen, wer nach Europa kommt. Und wir müssen diejenigen an den Grenzen abweisen, die aus sicheren Staaten zu uns kommen wollen. Damit das klappt, brauchen Staaten wie Griechenland vorübergehend Unterstützung bei der Grenzsicherung. Dazu wollen wir die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX ausbauen und notfalls mit deutschen Bundespolizisten unsere Nachbarn unterstützen.